

Interfraktionelle Interpellation SP, GB/JA! (Johannes Wartenweiler, SP/Regula Bühlmann, GB): Keine Ladenöffnungszeiten am Sonntag in der unteren Altstadt

Der Grosse Rat hat diese Woche eine Motion überwiesen, die verlangt, dass die Berner Altstadt vom Zytglogge an abwärts bezüglich Ladenöffnungszeiten wie ein Tourismusort zu behandeln sei. Die Geschäfte sollen auch am Sonntag geöffnet sein dürfen. Die Regierung wird beauftragt, dem Grossen Rat eine entsprechende Gesetzesänderung zu unterbreiten.

Die Ladenöffnungszeiten sind seit vielen Jahren unter Druck. Bürgerliche Kreise versuchen mit Hinweis auf veränderte Konsumbedürfnisse die Ladenöffnungszeiten zu deregulieren. Gewerbliche Kreise und die Beschäftigten stehen dieser Entwicklung ablehnend bis kritisch gegenüber. Die Erfahrung zeigt: Längere Ladenöffnungszeiten lohnen sich allenfalls für grosse Unternehmen und für Ladenketten. Die Beschäftigten widersetzen sich dieser Flexibilisierung mit unregelmässigen Arbeitszeiten und Arbeit auf Abruf. Das zeigen Umfragen, die die Gewerkschaft Unia in den letzten Jahren gemacht hat.

Die längeren Ladenöffnungszeiten am Sonntag werden den Branchenmix in der unteren Altstadt massiv verändern. Es ist mit einem Verdrängungswettbewerb aufgrund höherer Mieten zu rechnen. Die stark kleingewerblich geprägten Geschäfte werden zugunsten von Souvenirshop und Flagstores von grossen Ketten verdrängt. internationale Ketten betrachten den Standort immer auch als Werbung und sind deshalb bereit höhere Mieten zu bezahlen als normale Geschäfte.

Der Gemeinderat hat in seiner Strategie 2020 die Bereitschaft zu längeren Ladenöffnungszeiten signalisiert – allerdings nur in Verbindung mit fortschrittlichen Gesamtarbeitsverträgen. Da auf Arbeitgeberseite die Ansprechpartner für einen Gesamtarbeitsvertrag fehlen, wird es keine sozialpartnerschaftliche Lösung geben. Damit fehlen auch aus Sicht des Gemeinderats die Voraussetzungen für längere Ladenöffnungszeiten.

Der Stadtrat hat Vorstösse für längere Ladenöffnungszeiten bislang immer zurückgewiesen. Weil es auf städtischer Ebene für längere Ladenöffnungszeiten keinen Rückhalt gibt, versuchen es bürgerliche Politiker immer wieder mit einem Vorstoss im Kanton. Dieses Vorgehen tangiert die Gemeindeautonomie und ist politisch fragwürdig.

Wir stellen deshalb folgende Fragen:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat diesen erneuten Eingriff in die Gemeindeautonomie?
2. Mit welchen rechtlichen und gesetzlichen Möglichkeiten kann sich die Stadt Bern gegen die Eingriffe in die Gemeindeautonomie im Allgemeinen und gegen längere Ladenöffnungszeiten im Besonderen zur Wehr setzen?
3. Wie schätzt der Gemeinderat die Situation der von den längeren Ladenöffnungszeiten betroffenen Beschäftigten im Detailhandel ein?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat die Bedürfnisse der LadenbesitzerInnen in der unteren Altstadt bezüglich Ladenöffnung am Sonntag?
5. Wie beurteilt der Gemeinderat die mit dieser Deregulierung verbundenen Entwicklungen auf dem Liegenschaftsmarkt?
6. Welche Auswirkungen sind für die Mieten zu erwarten?
7. Welche Auswirkungen hat der Entscheid auf den Branchenmix?

Begründung der Dringlichkeit

Allenfalls braucht es dafür Gesetzesanpassungen auf städtischer Ebene. Klarheit in dieser Frage ist deshalb schnell geboten, damit sich die Stadt gegen dieses bürgerliche Vorgehen zur Wehr setzen kann.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 17. September 2015

Erstunterzeichnende: Johannes Wartenweiler, Regula Bühlmann

Mitunterzeichnende: Annette Lehmann, Stefan Jordi, Ingrid Kissling-Näf, Michael Sutter, David Stampfli, Yasemin Cevik, Katharina Altas, Christine Michel, Katharina Gallizzi, Seraina Patzen, Bettina Stüssi, Nora Krummen, Marieke Kruit, Patrizia Mordini, Leena Schmitter, Stéphanie Penher, Regula Tschanz, Franziska Grossenbacher